

Deutschland im August 2025 - Der Menschenrechtsreport des US-Außenministeriums

Dawid Snowden · Veröffentlicht: 14.08.2025



Alles, was das US-Außenministerium im Menschenrechtsreport 2025 über Deutschland schreibt, ist keine aus der Luft gegriffene Anmaßung, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme einer Realität, die jeder hier im Land am eigenen Leib spüren kann – ob er es wahrhaben will oder nicht. Man kann über die Vereinigten Staaten denken, was man möchte, man kann ihre eigenen Kriege, Lügen und Menschenrechtsbrüche verurteilen – doch in diesem einen Punkt haben sie Recht: Die Menschenrechtslage in Deutschland hat sich verschlechtert, und zwar so massiv, dass es für jeden sichtbar und spürbar ist. Hier herrscht kein funktionierender Rechtsstaat, der dem Menschen dient, sondern eine Repressionsmaschine, die ihre Bürger nicht beschützt, sondern ausplündert, einschüchtert und gleichschaltet.

Die Methoden sind immer die gleichen: Demütigung, finanzielle Ausblutung und systematische Zerstörung der Lebensgrundlage. Wer sich gegen den Kurs der Regierung stellt, wer den falschen Satz sagt oder die falsche Frage stellt, wird zum Ziel dieser Maschinerie. Sie arbeitet mit Drohbriefen der Polizei, Haftbefehlen, Hausdurchsuchungen, Anklagen, Bescheiden von Gerichtsvollziehern, Pfändungsankündigungen, Kindesentzug, Strafbefehlen und vielen anderen ihr noch zur Verfügung stehenden Werkzeugen.

Sie arbeitet mit der ganzen Palette an Druckmitteln, die der bürokratische Apparat hergibt, und setzt sie so ein, dass der Betroffene nicht nur in der Sache verliert, sondern auch psychisch gebrochen wird. Die Menschen in Deutschland, haben keine Planungssicherheit mehr. Viele wissen nicht einmal, wie sie den nächsten Monat überstehen sollen. Die Lebenshaltungskosten steigen, Steuern und Abgaben werden immer höher, während die Einkommen stagnieren.

Wer hier lebt, lebt in einem Klima ständiger materieller und existenzieller Unsicherheit – und das ist kein Versehen, sondern ein kalkulierter Zustand. Parallel dazu wird die Meinungsfreiheit auf eine Art entkernt, die fast schon zynisch ist. Offiziell darf jeder seine Meinung sagen. In der Praxis bedeutet das: Wer etwas sagt, das der Regierung oder ihren medialen Sprachrohren nicht gefällt, muss mit Konsequenzen rechnen.

Nicht mit Widerspruch, sondern mit Repression. Der digitale Raum ist inzwischen ein Minenfeld: Kanäle werden gelöscht, ganze Plattformen verboten, Accounts gesperrt. Social-Media-Unternehmen werden sogar unter staatlichen Druck gesetzt, Inhalte zu entfernen. Serverräume werden mit Polizeiaufgebot gestürmt, IT-Technik wird beschlagnahmt – nicht, weil Bomben gebaut oder Morde geplant werden, sondern weil Menschen eine eigene Meinung haben, die nicht in die politisch abgesteckte Schneise passt. Alternative Stimmen werden nicht debattiert, sie werden zum Schweigen gebracht. Das ist keine offene Gesellschaft, sondern eine kontrollierte Kulisse. Und wer dann den Fehler macht, seinen Protest auf die Straße zu tragen, lernt die andere Seite dieses Systems kennen – die Uniformträger also die Exekutive.

Bei Demonstrationen wird mit einer so brachialen Gewalt vorgegangen, die nicht mehr der Gefahrenabwehr dient, sondern der Abschreckung. Man hat das Gefühl, dass ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt wird. Journalisten, die vor Ort dokumentieren, werden bedrängt, geschubst, geschlagen und die Ausrüstung nicht selten beschädigt oder gleich beschlagnahmt. Protestierende werden niedergeknüppelt, mit Pfefferspray oder ganz modern mit Teasern attackiert und zu Boden gebracht.

Es geht nicht darum, eine Situation zu beruhigen, sondern um Bilder zu erzeugen – Bilder, die jedem zu Hause klar machen: Wenn du dich auflehnt, wirst du so enden wie die anderen Opfer der Staatsgewalt. Einschüchterung, ist hier keine Nebenwirkung, sie ist das Ziel. Die sogenannte Pressefreiheit existiert nur noch für diejenigen, die sich an die Spielregeln halten – und die werden von der Politik definiert und nicht von einem freien Diskurs. Wer unabhängig berichtet, riskiert Hausdurchsuchungen, Materialbeschlagnahmungen und monatelangen Ausfall seiner Arbeitsmittel wie Laptops, Kameras und anderer Gerätschaften. Redaktionen von freien Journalisten, die sich nicht an die offizielle Linie halten, werden vom Verfassungsschutz überwacht, kriminalisiert, erpresst, körperlich attackiert und nicht selten wirtschaftlich ruiniert.

Das ist keine Ausrutscherkette, das ist die Strategie dieses Missbrauchssystems: die systematische Zerschlagung alternativer Berichterstattung. Auch die Versammlungsfreiheit ist längst nur noch eine Worthülse. Ob eine Demonstration genehmigt oder verboten wird, hängt nicht von Gesetzen ab, sondern vom politischen Willen und der momentanen Laune der Behörden.

Auflagen werden im Minutentakt geändert, Veranstaltungen kurzfristig untersagt, Protestzüge eingekesselt und nicht selten mit Gewalt aufgelöst. Es wird sogar festgelegt, was man sagen darf und was nicht – und sogar, was auf den Transparenten stehen darf. Wer sich nicht sofort fügt, wird verprügelt, verhaftet und in Gewahrsam genommen.

Es ist kein Zufall, dass diese Eskalationen oft von den Uniformierten Personal ausgehen – sie sollen demonstrieren, dass der öffentliche Raum nicht den Bürgern gehört, sondern den Herrschenden Politikern und ihrer krankhaften Ideologie. Wenn die Bundesregierung – wie in der Tagesschau zitiert – den Vorwurf der Zensur entschieden zurückweist, ist das eine rhetorische Finte. Ja, formal darf jeder alles sagen. Aber in der Realität lauern hinter jedem unpassenden Satz Hausdurchsuchungen im Morgengrauen, gesperrte Konten, Strafbefehle und Polizeieinsätze, bei denen Familien traumatisiert, Menschen verletzt und selbst Kinder aus ihrem Zuhause gerissen werden.

Wer so redet, wie es die Regierung nicht will, lebt mit der ständigen Angst vor den Konsequenzen. Das ist keine Freiheit – das ist ein Käfig mit unsichtbaren Gittern, den man uns als offenen Raum verkauft. Und während all das passiert, werden die Menschen ununterbrochen mit Angst gefüttert – vor dem Klima, vor Pandemien, vor Russland, vor einer nebulösen „Weltlage“, die angeblich nur mit noch mehr Rüstung, noch mehr Kontrolle, noch mehr Überwachung, noch mehr Digitalisierung und noch mehr blindem Gehorsam beherrscht werden kann. Gleichzeitig wird eine Kriegsrhetorik gegen Russland geschürt, die jeden Tag lauter wird.

Die eigenen gleichgeschalteten Medien blasen ins gleiche Horn, während jede abweichende Stimme als „rechtsradikal“, „Reichsbürger“, „Verschwörungstheoretiker“, „Antisemit“ oder „Feind der Demokratie“ abgestempelt wird. Das Etikett ist austauschbar, der Zweck ist immer derselbe: Kritik diskreditieren, damit sie niemand mehr ernst nimmt.

Das Ergebnis ist ein Land, in dem die Grundrechte wie in einem Märchenbuch, nur noch auf dem Papier stehen. Ein Land, in dem Repression die Antwort auf jede Form von Dissens ist. Ein Land, das seine Bürger in einem Zustand ständiger Anspannung und Abhängigkeit hält, um sie gefügig zu machen.

Das ist Deutschland im August 2025: nicht die „wehrhafte Demokratie“, die man uns verkauft, sondern ein durchorganisiertes Kontroll- und Missbrauchssystem, das seine eigenen Bürger als potenzielle Gegner behandelt. Ein System, das sich nicht mehr um Zustimmung bemüht, sondern Gehorsam mit Gewalt und Erpressung erzwingt – und das jeden, der sich dem widersetzt, mit aller Härte zu Boden zwingt.

Daher sind alle Vorwürfe des US-Außenministeriums nicht nur wahr,

sondern sogar in weiten Teilen untertrieben!